

Offene Anträge der Fraktionen

Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme Verwaltung i.R.d. HHBeratungen	Verfahrensstand
2014				
20	CDU	<p>Einsetzen einer Haushaltsstrukturkommission (HSK) Modifizierter Antrag aus HA 02.12.14 Die Verwaltung wird beauftragt, im Sinne einer finanziellen Zukunftssicherung für die Stadt ein Konzept zu entwickeln und dem Gemeinderat vorzulegen. In diesem Kontext wird auch eine kennzahlenorientierte Steuerung von städtischen Einrichtungen beleuchtet. Die Verwaltung wird ferner beauftragt zu prüfen, ob eine externe Beratung bzw. Begleitung zur Strukturierung der Prozesse der Stadtverwaltung sinnvoll ist.</p>	<p>Die Antwort der Verwaltung auf diesen Antrag aus 2012 für den Haushalt 2013 ist weiterhin aktuell: Die Zielrichtung ist verständlich. Eine HH-Strukturkommission wiederum ist eine für Gemeinderat und Verwaltung extrem aufwändige Angelegenheit. Auch die mehrfachen Biberacher Erfahrungen zeigen: Ohne tatsächlichen großen Konsolidierungsdruck gelingen strukturelle Verschlinkungen nicht. Zurück bleibt Frustration bei allen, die sich Mühe im Kommissionsprozess gemacht haben. Wir haben umfassende Unterlagen zu Aufgabenkritik und Haushaltsstrukturkommissionen – Dazu wurden keine konkreten Entscheidungen getroffen. Es gab eine umfassende Klausurtagung 1998 in Sonthofen, es gab umfangreiche Debatten und Zwischenbeschlüsse zur sogenannten Aufgabenkritik im Jahr 2001, in Mühlhausen wurde eine Klausurtagung 2005 durchgeführt. Insbesondere die Vorlagen zur Aufgabenkritik haben umfassende Ansätze gezeigt. In allen Prozessen wurden im Ergebnis kaum konkrete Aufträge erteilt oder Beschlüsse gefasst. Vorlagen, Protokolle und sonstige Unterlagen können zusammengestellt und Anfang 2015 den Fraktionen gerne zur Verfügung gestellt werden. Prozesse und innere Organisation in der Verwaltung werden bereichs- und anlassbezogen mit Externen durchgeführt (zuletzt Kämmerei und Ordnungsamt). Hierfür stehen im Haushalt regelmäßig 50.000 € zur Verfügung.</p>	<p>Im HA 02.12.14 wurde ein modifizierter Antrag einstimmig angenommen. In Anbetracht der Entwicklung des Jahres 2017, der Eckdaten für den Haushalt 2018 sowie der besonderen Arbeitsbelastung der Kämmerei wegen des Umstiegs auf die kommunale Doppik sind keine weiteren Überlegungen in Sachen Haushaltsstrukturkommission erfolgt. Der Antrag liegt auf Wiedervorlage in der Verwaltung für 2020.</p>
2015				
32/ 25	SPD	<p>Rathaus - Errichtung eines Taubenschlages 15.000 € ist ok. Für schnellere Lösung Fachmann zuziehen und prüfen lassen, ob Falken nicht doch hilfreich zur Beseitigung der Taubenplage sind. Hinweisen aus der Bevölkerung sofort nachgehen, wie z.B. offene Stellen unbewohnter Häuser schnellstens zu beseitigen.</p>	<p>Fachmeinung zur Chance, Wanderfalke/Habicht anzusiedeln, ist klar: hilft der Problematik nicht ab. Hinweise und Beschwerden aus der Bevölkerung werden umgehend überprüft und beantwortet. Es gibt kein Betretungsrecht des Ordnungsamtes auf private Grundstücke. Ausnahme: unmittelbar drohende Gefahr für Leib und Leben eines Menschen oder mit Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts.</p>	<p>Im HA 02.12.15 erledigt mit Stellungnahme Verwaltung und Zusage, schriftliche Fachmeinung einzuholen und GR zu übermitteln. Der Taubenschlag im Dachgeschoss des Baudezernats soll ertüchtigt werden. Planung im Winter 2017, bauliche Umsetzung im Jahr 2018.</p>

Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme Verwaltung i.R.d. HHBeratungen	Verfahrensstand
40	FW	<p>In den Biberacher Schulen wird ein Mittagessen nur angeboten, wenn regelmäßig mindestens 10 Schüler am Essen teilnehmen.</p> <p>HA: 02.12.14: Antrag modifiziert: Unkonventionelle/wirtschaftlich tragbare Lösungen für das Mittagessen prüfen/überlegen.</p>	<p>Dieser Vorschlag widerspricht der Regelung, dass ab 6 Kindern eine FNB-Betreuung angeboten wird.</p> <p>Zusage der Verwaltung im HA, zu prüfen, inwieweit insbesondere in weniger frequentierten Schulen Alternativlösungen möglich sind.</p>	<p>Aktuell ist die GS Stafflangen die einzige Schule, an welcher teilweise unter 10 Kindern zu Mittag essen. Eine Alternative könnte sein, das Mittagessen im neu gestalteten Essbereich des Kindergartens, welcher erst seit ein paar Monaten zur Verfügung steht, anzubieten. Die Schule ist jedoch optimistisch, dass sich die Zahl der Mittagsverpflegung zukünftig erhöhen wird, insbesondere ab dem Schuljahr 2018/19, zu welchem 20 Erstklässler erwartet werden. Diese Kinder haben dann bereits Ganztages-Erfahrungen aus dem Kindergarten, weshalb die Zunahme nach Mittagsbetreuung in der Schule die Folge sein wird.</p>
2016				
10	Grüne	<p>Das Baubetriebsamt hat lobenswerterweise 6 gemeinnützige Arbeitsplätze für Flüchtlinge geschaffen, z.B. im Bereich Straßenunterhaltung und Grünbereich. Wir beantragen im Hinblick auf die Integration von Zuwanderern, weitere gemeinnützige Arbeitsplätze bei der Stadt Biberach zu schaffen.</p>	<p>Das Baubetriebsamt stellt sechs gemeinnützige Arbeitsplätze zur Verfügung. Koordination des Einsatzes, Bezahlung, arbeitsrechtliche Prüfung macht das Landratsamt. Stellen im Stellenplan bedarf es dazu nicht. Die 6 Arbeitsplätze sind grundsätzlich. auch Langzeitarbeitslosen da. Es sind so genannte 1EUR-Jobs. Die Beschäftigung erfolgt mit maximal 100 Stunden im Monat. Zwei solcher Arbeitsplätze hat das Baubetriebsamt in der Vergangenheit bereits für Langzeitarbeitslose angeboten. Die Teilnehmer an diesem Programm übernehmen einfachste handwerkliche Tätigkeiten, wie z. B. Laubfegen, Steine vom LKW abladen etc.. Ein Einsatz an Maschinen oder bei Maßnahmen der Verkehrssicherung (Winterdienst) erfolgt nicht.</p> <p>Wir prüfen, in welchen Bereichen der Stadt die Schaffung von weiteren gemeinnützigen Arbeitsplätzen möglich ist.</p>	<p>Im HA 01.12.15 Zusage: Hauptamt benennt potentielle Einsatzbereiche.</p> <p>Die Stadt Biberach hält im Baubetriebsamt 6 und in der OV Mettenberg 1 gemeinnützigen Arbeitsplatz vor. Die Besetzung der Stellen erfolgt im Rahmen der Flüchtlingsintegrationsmaßnahme (FIM), die durch die Bundesagentur gefördert wird. Leider hat der Flüchtling in der OV die Maßnahme nach nur einem Arbeitstag wieder abgebrochen. Im Baubetriebsamt sind derzeit vier Flüchtlinge im Einsatz.</p> <p>Insgesamt ist es schwierig geeignete Flüchtlinge zu finden. Das LRA unterstützt hier tatkräftig. Da aber doch ein Mindestmaß an Sprachkenntnissen erforderlich ist, kommen viele potentielle Bewerber wegen Fehlens jeglicher Deutschkenntnisse nicht in Betracht. Die Vergütung beträgt nach bundesgesetzlichen Vorgaben nur 0,80 EUR pro Stunde, was die Motivation sicher nicht steigert.</p>

Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme Verwaltung i.R.d. HHBeratungen	Verfahrensstand
32	SPD	Ausländerwesen Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Zahlen regelmäßig aktualisiert werden sollen. Im Amt soll geklärt werden, was sinnvoll ist; vielleicht 4 mal jährlich?	Es können vierteljährlich Mitteilung aus dem Ausländerzentralregister (AZR) vorgelegt werden.	HA 01.12.15 Zusage vierteljährliche Info. Die aktuellen Entwicklungen der Flüchtlingszahlen werden 1x jährlich im Rahmen des Tätigkeitsberichtes der Integrationsbeauftragten dargelegt. Aus Sicht des Fachamtes ist dies angesichts der aktuellen Entwicklungen im Flüchtlingsbereich sachdienlich.
40	FW	Ermittlung der Gründe, warum etwa 10% der Vorschulkinder keinen Kindergarten besuchen.	Das ABBS kann nicht nachvollziehen, wie dieser Prozentsatz zu Stande kommt. Auf Anfrage erklärte das Staatliche Schulamt, dass ihnen dieser Prozentsatz auch unrealistisch vorkommt. Die Datenerhebung ist äußerst verwaltungsaufwändig. Der geschäftsführende Rektor wird hierzu die Grundschulleiter in einer Besprechung vom 24.11.2015 befragen. Ein geraumer Prozentsatz kann mit dem Besuch eines Schulkindergartens oder dem Zuzug kurz vor der Einschulung begründet werden.	Im HA 01.12.15 erledigt mit Zusage, dass ABBS die tatsächlichen Zahlen eruiert. Zahlen sind aktuell aber nicht eruierbar. Ggfs. ist dies mit der neuen Kindergarten-Software möglich (ab 2019).
23	SPD	Der Bestand an Kleingartenanlagen soll erhalten bleiben. Für eventuell wegfallende Parzellen soll Ersatz (auch in Ortsteilen möglich) geschaffen werden.	Die Kleingartenanlage in Mettenberg wurde wieder aktiviert und wird aktuell vergeben.	Im HA 01.12.15 Zusage mit Fachamt zu klären, wann mit Kleingartenkonzept zu rechnen ist. Das Kleingartenkonzept befindet sich in der Finalisierung. Aufgrund der Vielzahl zu klärender Fragen für das Konzept, aber auch durch die starke Auslastung im Amt, musste der ursprünglich gedachte Termin von Herbst 2017 auf Frühjahr 2018 verschoben werden.
swb	CDU	Stadtbus / ÖPNV / AST - Das AST (Anrufsammeltaxi) ist wieder mit Niederflurfahrzeugen auszustatten. Seit Anbieterwechsel nur VW-Busse im Einsatz. Gehäuft Klagen zum erschwerten Ein- und Ausstieg und zur Enge im Fahrzeug, besonders wenn Gehbehinderung oder Rollator. Fahrgastaufkommen deutlich zurückgegangen. Wie ist das Update im Vergleich zum letztjährigen Beschluss der Ausweitung der Fahrzeiten des AST an den Wochenenden.	SWB: Das fehlende Niederflurfahrzeug beim AST hat zu einem Rückgang der Akzeptanz des AST geführt. Der aktuelle Vertrag läuft noch bis 31.12.2017. Ein schneller Austausch der vorhandenen Fahrzeuge ist nicht oder nur mit hohem finanziellen Aufwand möglich. Bei der nächsten Ausschreibung sollen sowohl Niederflurfahrzeuge als auch optional geräumige Kleinbusse ausgeschrieben werden. Die Stadtwerke werden vorab prüfen, inwieweit Fördermittel für Niederflurfahrzeuge beantragt werden können.	Ab 01.01.2018 werden im AST zwei Niederflurfahrzeuge eingesetzt. Für diese beiden Fahrzeuge liegen positive Förderbescheide vor.

Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme Verwaltung i.R.d. HHBeratungen	Verfahrensstand
41	CDU	<p>Einführung eines Kultur-Abonnements für Schüler und Schülerinnen, Studentinnen und Studenten, z.B. 5 aus-gewählte Veranstaltungen zum Preis von 40 €.</p> <p>Neben dem Wahl-Abo für Erwachsene soll es gleichberechtigt ein Abo für Schüler geben. Junge Menschen sollen so leichter an kulturelle Veranstaltungen jeglicher Art herangeführt werden.</p>	<p>Das Kulturamt bietet für Schülerinnen und Schüler sowie für Studentinnen und Studenten ein umfangreiches Angebot von Ermäßigungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Wahlabonnement ist für den benannten Personenkreis um weitere 25% ermäßigt. - Für Schulklassen gibt es spezielle Schulklassentarife, die an den Schulen beworben werden. Im Klassenverbund kostet der Eintritt bei Veranstaltungen zwischen 4 und 9 €. - Seit September gibt es das Last Minute-Ticket für Schüler und Studenten. Hierüber sind Restkarten an der Abendkasse zum Preis von 4 bis 9 € erhältlich. <p>Die Einführung eines Kultur-Abonnements mit vorgegebenen Veranstaltungen für Schüler und Studenten ist nicht zielführend, da das Interesse je nach Altersklasse stark unterschiedlich ist. Ein 10jähriger hat andere Interessen als eine 18jährige. Insofern ist das bisherige Angebot unseres Erachtens zielgerichteter. Da die Eintrittspreise der Veranstaltungen sich an den Gestehungskosten (z.B. Honoraren/Gagen) orientieren, würden zusätzliche Vergünstigungen auf der einen Seite zu höheren Eintrittspreisen auf der anderen Seite führen oder aber den Zuschussbedarf erhöhen was letztlich das Kulturbudget belasten würde.</p>	<p>HA 01.12.15 erledigt mit Stellungnahme Verwaltung und Zusage, die Angebote besser zu kommunizieren und Hinweis in Veranstaltungskalender aufzunehmen.</p> <p>Ermäßigungen für Schüler und Studenten werden regelmäßig beworben, sowohl in eigenen Publikationen (BC Live, Kulturkalender,...) als auch mit dem Programmheft "BC Schule Live", das an alle Schulen im Landkreis versendet wird.</p> <p>Leider ist die Nachfrage nach dem Last-Minute-Ticket sehr gering, trotz Werbung in der Campuszeitschrift der Hochschule Biberach.</p>

Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme Verwaltung i.R.d. HHBeratungen	Verfahrensstand
23	CDU	<p>Im Rahmen des Grundstückstauschs für die Sanaklinik zwischen Stadt und Landkreis erwirkt die Stadt eine Zusatzvereinbarung, die den derzeit öffentlichen Status quo als Grundlage des Vertrages festschreibt sowie die Urologie und Orthopädie in Biberach verortet. Die Stadt erwirkt ein vertragliches Rücktrittsrecht für den Fall, dass diese Grundlagen einseitig durch Landkreis oder Sana geändert werden. Stadt schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen und stellt Grundstücke zur Verfügung, daher ist städt. Mitwirken unerlässlich. Weitere negative Überraschungen vermeiden.</p>	<p>Im Vertrag wird ein Rücktrittsrecht für den Fall aufgenommen, dass das Projekt Sana-Klinik aus welchen Gründen auch immer nicht realisiert werden kann und das Klinikprojekt im Ganzen nicht zustande kommt. Die Landeskrankenhausplanung gibt den generellen Rahmen der Entwicklung vor. Im Rahmen des medizinischen Konzeptes (Vertragsbestandteil) präferiert Sana einen starken zentralen Standort, an dem alle Leistungen gebündelt werden. Entsprechend wurden auch in den vergangenen drei Jahren schon Leistungen in Biberach zentralisiert. Es entspricht aber auch der aktuellen Erkenntnis, dass die Aufrechterhaltung von klinischen Angeboten in Laupheim und Riedlingen Portalfunktionen darstellen, was wiederum die Zentrale stärkt. Sana bringt im Schwerpunkt alle Leistungen für den akut-stationären Bereich. Die Geriatrische Rehabilitation gehört nicht dazu. Die Stadtspitze erwartet entsprechend dem Medizinischen Konzept, dass der zentrale Standort nicht geschwächt, sondern weiter gestärkt wird. Dazu gehören zusätzliche medizinische Angebote wie etwa die gerontopsychiatrischen und psychosomatischen Angebote des ZfP sowie das Endoprothetikzentrum. Im Februar 2016 wird SANA über den aktuellen Stand im Bau berichten.</p>	<p>Im HA 01.12.15 Zusage der Verwaltung zu prüfen, ob eine entsprechende Regelung im städtebaulichen Vertrag fixiert werden kann.</p> <p>Das geforderte Rücktrittsrecht wurde im Tauschvertrag vom 04.05.2016 aufgenommen.</p> <p>In der Präambel des Vertrages wird das Medizinische Konzept der SANA Kliniken/Landkreis Biberach beschrieben.</p>
25	CDU	<p>Mehrfachnutzung von öffentlichen Gebäuden Die Verwaltung berichtet, nach welchen Maßstäben zukünftig Gebäude vor dem Hintergrund einer Mehrfachnutzung zu planen sind. Bestehende öffentliche Gebäude werden sukzessive auf eine Mehrfachnutzung hin überprüft.</p>	<p>Grundsätzlich ist unser Ziel, Mehrfachnutzungen zu ermöglichen und durchzusetzen. Sie lösen in der Praxis oftmals Konflikte aus (siehe Diskussion Aulanutzung HHEF durch BFM). Eckpunkte für eine erfolgreiche Mehrfachnutzung werden definiert.</p>	<p>Im HA 01.12.15 Zusage, bei Gelegenheit an einem Projekt einmal einen Versuch zu starten.</p> <p>Bisher kein geeignetes Objekt bzw. Projekt, das sich in der Planung befindet</p>

Zust. Amt	Fraktion	Titel/Antrag	Stellungnahme Verwaltung i.R.d. HHBeratungen	Verfahrensstand
40	FW	<p>Erarbeitung eines Konzepts, wie die Aufenthaltsqualität der jungen Generation in Biberach verbessert und deren Eigeninitiative gefördert werden kann. Grundlage ist die Informationsvorlage Nr. 89/2013 (Wiederholung des Antrags zum HH 2015).</p> <p>HA 01.12. Stellungnahme Verwaltung trifft Intention nicht. Gewünscht sind niederschwellige Angebote vergleichbar Budenkultur.</p>	<p>In Umsetzung der Vorlage 89/2013 wurden weitere private Initiativen der Jugendkulturarbeit unterstützt und gefördert (z.B. Kooperation zwischen Museum und KulturReservoir beim Poetry Slam und mit dem Kunstverein für die Blue Gallery) sowie neue jugendkulturelle Formate kreiert (z.B. Danceprix, VolXmusik, MP3 goes Poesie, Breakin' Mozart, Funky Wieland). Das Thema Disco ist unter der Federführung des Baudezernats in Bearbeitung. Die Zuständigkeit für den Themenbereich „Jugend“ liegt seit Schuljahresbeginn neu bei Amt 40.</p>	<p>HA 01.12.15: Stadt praktiziert schon Ermöglichungskultur und will nichts verhindern.</p> <p>ABBS hat keine Kapazitäten, ein Konzept zu erarbeiten. Die Situation hat sich durch die Eröffnung des Jugendhauses und die Wiederinbetriebnahme des Abenteuerspielplatzes bereits etwas verbessert. Dies sind niederschwellige Angebote. Eine Konzeption für die Ehinger Str. 19 wird aktuell erarbeitet.</p>
20	CDU	<p>Konzept zur finanziellen Zukunftssicherung.</p> <p>Das Konzept zur finanziellen Zukunftssicherung wird entgegen der Aussagen der Verwaltung im Vorbericht auf Seite 012 fortgesetzt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf unsere Anträge zur kennzahlenorientierten Steuerung städtischer Einrichtungen sowie der Überarbeitung von Richtlinien (auch Gebühren), die die Verwaltung im Rahmen des Konzepts zur Zukunftssicherung bearbeiten möchte.</p>	<p>Die Haltung der Verwaltung ist auf Seite 012 zum Vorbericht beschrieben.</p> <p>Bei der derzeitigen Aufgabenfülle kaum leistbar und nach Auffassung der Verwaltung derzeit auch nicht notwendig. Ohnehin sind aktuell keine Gebührenerhöhungen oder die Überarbeitung von Richtlinien geplant.</p>	<p>Im HA 02.12.15 Zusage, Anträge oder Zusagen nicht stillschweigend zu beerdigen, sondern bei geplanter abweichender Vorgehensweise entgegen Zusagen oder Beschlüssen, neuen Beschluss einzuholen.</p> <p>Aktuell wird auf die Antwort auf den ersten Antrag auf Seite 1 dieser Anlage verwiesen sowie die Antwort der Verwaltung zum Antrag 2016.</p>